

Stand: 30.06.2025 12:14:10

Initiativen auf der Tagesordnung der 31. Sitzung des WI

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7216 vom 24.06.2025



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)**

Freiheit statt Zensur: Auflösung der sogenannten Bayern-Allianz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die sogenannte Bayern-Allianz unverzüglich aufzulösen und alle damit verbundenen Aktivitäten einzustellen.

Begründung:

Die Bayern-Allianz ist eine Initiative des Staatsministers für Digitales Dr. Fabian Mehring, die darauf abzielt, vermeintliche „Desinformation“ im digitalen Raum zu bekämpfen. Nach eigenen Angaben verfolgt die Allianz mehrere Handlungsfelder: die „Sensibilisierung“ der Bevölkerung für „Falschnachrichten“, die Förderung von „Medienkompetenz“ durch Bildungsangebote, die Zusammenarbeit mit Plattformbetreibern zur Offenlegung von Identitäten und Finanzströmen sowie die Unterstützung von Forschung und Innovation im Bereich digitaler Informationssicherheit. Die Allianz besteht aus einem Zusammenschluss von staatlichen Institutionen, Techkonzernen wie Adobe, Google, IBM, Microsoft, Meta, TikTok, O₂ Telefonica und Siemens, Medienhäusern wie dem Bayerischen Rundfunk (BR) sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren wie der Deutschen Jugend aus Russland e. V. (DJR), dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Diakonie Bayern und weiteren.

Obwohl die Bayern-Allianz als Schutzmaßnahme für die Demokratie dargestellt wird, zeigt eine genauere Analyse, dass sie in Wahrheit die Meinungsfreiheit untergräbt, Steuergelder verschwendet und auf fragwürdigen Annahmen basiert. Aus folgenden Gründen fordert die AfD-Fraktion die sofortige Abschaffung dieses Bündnisses:

Kampf gegen „Desinformation“ als Vorwand für Zensur

Der Begriff „Desinformation“ dient zunehmend als Schlagwort, um regierungskritische Meinungen, unbequeme Aussagen und enthüllte Fakten zu unterdrücken. Die Bayern-Allianz zielt darauf ab, Narrative zu bekämpfen, die von der offiziellen Linie der Staatsregierung abweichen. Dies stellt einen direkten Angriff auf die Meinungsfreiheit dar, die gemäß Art. 5 des Grundgesetzes (GG) ein zentraler Bestandteil unserer Demokratie ist. Die Bürger haben das Recht, sich unabhängig von regierungskonformen Vorgaben eine eigene Meinung zu bilden.

Fehlende Objektivität und Einschränkung der Meinungsvielfalt

Es gibt in der Politik keine objektiv „richtigen“ Informationen oder „falschen“ Desinformationen – Wahrheit ist komplex, vielschichtig und interpretationsbedürftig. Die Bürger sollten durch kritisches Denken und den Zugang zu einer Vielfalt unterschiedlicher Medienquellen selbst entscheiden können, was sie für glaubwürdig halten. Die Bayern-Allianz hingegen schafft ein Meinungskonglomerat aus Regierung (insbesondere dem Staatsministerium für Digitales) und großen Techkonzernen wie Google, Microsoft und Meta, das einseitig festlegt, was als „Fakt“ gilt. Dies untergräbt die demokratische Meinungsvielfalt und fördert eine regierungskonforme Monokultur.

Verschwendung von Steuergeldern

Die Bayern-Allianz verschlingt erhebliche Summen an Steuergeldern für fragwürdige Zwecke. Laut der Schriftlichen Anfrage der AfD auf Drs. 19/2555 wurden bereits 65.450 Euro für eine Social-Media-Kampagne im Jahr 2024 ausgegeben. Für 2025 sind weitere 410.000 Euro geplant, unter anderem für Workshops, Informationsmaterialien und begleitende Forschung. Diese Mittel sollten dem Steuerzahler umgehend zurück-erstattet werden, anstatt eine Initiative zu finanzieren, die letztlich der Zensur dient.

„Desinformation“ erweist sich oft als Wahrheit

Zahlreiche Behauptungen, die zunächst als „Desinformation“ oder „Verschwörungstheorie“ abgetan wurden, stellten sich später als wahr heraus. Beispiele hierfür sind:

- Der Ursprung des Coronavirus im Labor in Wuhan, anfangs geleugnet, später durch Berichte des Bundesnachrichtendienstes gestützt,
- Nebenwirkungen der COVID-19-Impfstoffe, die zunächst heruntergespielt wurden,
- gebrochene Wahlkampfversprechen von Ministerpräsident Dr. Markus Söder (CSU), etwa zu Schuldenbremse, Kernkraft und Verbrenner-Aus,
- Rückforderungen von Corona-Hilfen trotz gegenteiliger Zusagen, etwa durch Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger (FW).

Diese Fälle zeigen, dass die Regierung selbst oft Desinformation verbreitet. Die Bayern-Allianz verliert dadurch jegliche Glaubwürdigkeit als Instanz zur Bekämpfung von Falschnachrichten.

Voreingenommenheit der „Faktenchecker“

Empirische Studien, wie eine Analyse der Harvard Kennedy School aus dem Jahr 2023, belegen eine extreme links-lastige Voreingenommenheit bei Faktencheckern: 85 Prozent ordnen sich selbst politisch links ein, davon 42 Prozent als relativ links und knapp 15 Prozent als extrem links. Häufig werden diese Akteure von Oligarchen wie George Soros (Open Society Foundations) oder der Bill & Melinda Gates Foundation finanziert. Diese einseitige Ausrichtung verzerrt die Definition von „Fakten“ und untergräbt die Neutralität der Bayern-Allianz, die auf dem Wirken solcher Akteure basiert.

Undemokratisches Kartell als Gatekeeper der Hegemonie

Die Bayern-Allianz bildet ein verwobenes Konglomerat aus Regierung, Abgeordneten, Techkonzernen, NGOs, Kirchenverbänden und Gewerkschaften. Dieses Netzwerk agiert als Gatekeeper der kulturellen und politischen Hegemonie, wie sie der Marxist Antonio Gramsci beschrieben hat. Es verhindert jegliche demokratische Teilhabe und gleichberechtigten Austausch, insbesondere für oppositionelle Kräfte wie die AfD-Fraktion. Durch die Kontrolle über die Narrative und die Definition von „Wahrheit“ wird eine offene, pluralistische Gesellschaft untergraben. Dies ist ein klarer Verstoß gegen demokratische Prinzipien und muss entschieden abgelehnt werden.

Die Bayern-Allianz ist kein Werkzeug zum Schutz der Demokratie, sondern ein gefährliches Instrument zur Einschränkung der Meinungsfreiheit, zur Förderung regierungskonformer Narrative und zur Verschwendung von Steuergeldern. Sie beruht auf einer fragwürdigen Definition von „Desinformation“, wird von voreingenommenen Akteuren gestützt und agiert als undemokratisches Kartell, das oppositionelle Stimmen unterdrückt. Die AfD-Fraktion fordert ihre sofortige Auflösung und die Förderung einer offenen, pluralistischen Medienlandschaft, in der die Bürger selbst entscheiden, was sie für wahr halten.